

07.04.2017

Niederschrift 001/2017

Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung

am 15.03.2017 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Frau Aileen Droll

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Gerd Oldenburg

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Jan Kalthoff

Vertretung für Herrn Rainer Goepfert

Frau Marie-Louise Scheideler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Frau Annika Dresen

Herr Olaf Lauschner

Frau Ursula Schmidt

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Hubert Hüppe

Herr Marco Morten Pufke

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Peter Büttner

anwesend bis 17.15 Uhr

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

abwesend von 16.55 Uhr bis 17.35 Uhr

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

anwesend bis 17.40 Uhr

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Herr Björn Lerche

Vertretung für Herrn Julius Will

Gäste

Frau Martina Leyer, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt,
Bundesagentur für Arbeit

Frau Christina Becker, Wiedereinstiegsberaterin, Bundesagentur für Arbeit

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent

Frau Heidi Bierkämper-Braun, Gleichstellungsbeauftragte

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Herr Jan Stefan Eggert, Sachgebietsleiter

Frau Birgit Diers, Schriftführerin

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 02.03.2017 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|----------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Projekt "Aktivierung der stillen Reserve";
mündlicher Bericht |
| Punkt 3 | 037/17 | Eckpunkte der Pflegestärkungsgesetze II und III |
| Punkt 4 | 043/17 | Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Sachgebiet "Aufgaben des Schwerbehindertenrechts" |
| Punkt 5 | 042/17 | Stand der Frühförderung im Kreis Unna |
| Punkt 6 | | Auszahlungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege |
| Punkt 6.1 | 177/16/1 | Auszahlungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ab 2017;
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2016 |
| Punkt 6.2 | 041/17 | Auszahlungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege |
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Herr Göpfert bittet Frau Leyer und Frau Becker, folgende Frage in ihre Organisation mitzunehmen: Wie kann man den Erfolg des Projektes, bezogen auf den Agenturbezirk, auswerten? Die Daten müssten über die Regionaldirektion so erfasst und ausgewertet werden, dass erkennbar sei, welchen Erfolg die einzelnen Agenturbezirke erzielt hätten.

Frau Chur greift den Vorschlag auf, dass man sich mit diesem Thema in ca. einem Jahr unter Beteiligung von Frau Leyer und Frau Becker erneut befasse.

Punkt 3 037/17 Eckpunkte der Pflegestärkungsgesetze II und III

Erörterung

Frau Chur kündigt für September eine Sondersitzung zur Thematik „Pflege“ bzw. „Pflegebedarfsplanung“ an.

Herr Göpfert führt aus, dass die Pflege sehr kostspielig sei und viele Menschen finanziell überfordere. Es seien rund 40 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt worden, um entsprechende Hilfen gewähren zu können. Die Strategiekommision habe der Verwaltung mit auf den Weg gegeben, dass man sich im Rahmen von Wirkungsorientierter Steuerung (WOS) mit den Hilfen zur Pflege beschäftigen solle. In der kommenden Woche fände bereits ein Auftaktworkshop statt. In der September-Sitzung solle dann detaillierter diskutiert und beraten werden. Dann lägen auch finanzielle Ergebnisse des Bereiches „Hilfen zur Pflege“ aus dem ersten Halbjahr vor.

Herr Eggert teilt mit, dass er die Funktion des Sachgebietsleiters seit Mai 2016 inne hätte. Er berichtet ausführlich zu den Eckpunkten der Pflegestärkungsgesetze II und III anhand einer Folienpräsentation (Anlage 2).

Frau Chur bedankt sich für den Bericht. Hier werde deutlich, dass eine Weiterentwicklung unbedingt in der bereits angesprochenen Sondersitzung erfolgen müsse. Die solitäre Kurzzeitpflege stelle zwar eine Entlastung dar; sie sei aber nicht auskömmlich finanziert. Die „eingestreute“ Kurzzeitpflege in den Einrichtungen werde irgendwann erschöpft sein. Es müssten zwingend andere finanzielle Möglichkeiten für eine Finanzierung der solitären Kurzzeitpflege gefunden werden. Hierzu solle ebenfalls im September intensiv diskutiert und beraten werden.

Anschließend beantwortet Herr Eggert einige Verständnisfragen und teilt mit, dass die Leistungen grundsätzlich durch die Pflegekasse erbracht würden und die Kommune sozusagen der Restkostenträger sei.

Herr Hüppe bezieht sich auf die Problematik der Kurzzeitpflegeplätze. Träger, die nur Kurzzeitpflege anböten, werde man nicht finden, denn eine Auslastung der Plätze fände nicht das ganze Jahr hindurch statt. In der Zwischenzeit käme es zu Leerständen und damit auch zu höheren Kosten. Er habe Kontakt zum Bundesministerium für Gesundheit aufgenommen. Das Ministerium arbeite an entsprechenden Lösungen.

Frau Chur empfiehlt Betroffenen, für nähere Informationen die Pflege- und Wohnberatung aufzusuchen. Sie hoffe auf weitere Verbesserungen.

Die Eckpunkte der Pflegestärkungsgesetze II und III werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 043/17 Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Sachgebiet "Aufgaben des Schwerbehindertenrechts"

Erörterung

Herr Göpfert erläutert die Drucksache ausführlich. Im Schwerbehindertenrecht gebe es hohe Kommunikationsnotwendigkeiten mit ärztlichen Gutachtern. Ebenso gebe es eine Schnittstelle zum amtsärztlichen Dienst sowie zu Hausärzten und Fachärzten, die von den Antragstellerinnen/Antragstellern benannt würden. Um den Sachverhalt aufklären zu können, müssten von dort entsprechende Befundberichte eingeholt werden. Bis zur Übersendung der angeforderten Unterlagen verstreiche häufig viel Zeit. Das gehe teilweise so weit, dass Ärzten mit einer Vorladung vor das Sozialgericht gedroht werde; meistens führe diese Drohung zum Erfolg.

Insbesondere lange Bearbeitungszeiten, die schwierige Erreichbarkeit eines persönlichen Ansprechpartner und die damit verbundene Zahl an Bürgerbeschwerden waren für die Verwaltung ausschlaggebend, die Aufbau- und Ablauforganisation im Sachgebiet im Rahmen einer Organisationsuntersuchung näher zu betrachten. Herr Göpfert erläutert die in der Drucksache angeführten, wichtigsten zentralen Erkenntnisse und Empfehlungen der Organisationsuntersuchung. Er meint, dass man mit den in der Drucksache angeführten geringen Maßnahmen eine große Wirkung erzielen und eine deutlich höhere Kundenzufriedenheit erreichen könne. Bei Betrachtung der Zahlen sei eine Verlagerung des Problems erkennbar: Während es 2015 im Bereich von Erst- und Änderungsanträgen problematisch gewesen sei, hätte man 2016 Probleme bei den Bearbeitungszeiten und Erledigungsquoten im Bereich von Widersprüchen und Nachprüfungen. Dort existierten längere Bearbeitungszeiten und eine schlechtere Erledigungsquote als im Vorjahr. Strukturelle Probleme seien erkannt worden und sollen im Sinne der Kundinnen und Kunden sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelöst werden. Die gesamte Situation sei auch für die Beschäftigten unbefriedigend, insbesondere bei einer hohen Beschwerdequote sowie einer ungleichen Fallverteilung.

Auf Nachfrage von Herrn Hüppe antwortet Herr Göpfert, dass es sich bei den Kosten des Gutachtens um eine nicht öffentliche Information handele und er ihm diese Daten persönlich mitteilen werde.

Frau Chur führt aus, dass die Organisationsuntersuchung bereits zu einigen Verbesserungen geführt habe. In einem Jahr werde erneut zu diesem Thema berichtet.

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Sachgebiet "Aufgaben des Schwerbehindertenrechts" werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 042/17 Stand der Frühförderung im Kreis Unna

Erörterung

Frau Chur geht kurz auf die Historie zur Thematik der Drucksache ein.

Herr Stalz bezieht sich auf die jährlichen Berichte der Frühförderstelle und bittet um Mitteilung darüber, ob es auch für die „Sonstigen Leistungserbringer“ statistische Daten gebe. Immerhin würden sie fast die Hälfte der Kinder betreuen. Falls diese Daten nicht vorlägen, wolle er wissen, ob es dann einen Durchschnittswert bzw. einen Vergleich mit allen gäbe.

2. Heimaufsicht / Schulbegleitung

Herr Hüppe fragt an, ob in der nächsten Ausschusssitzung zur Heimaufsicht beraten werden könne.

Er bezieht sich auf das Poolen von Leistungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes und teilt mit, dass die meisten Schulbegleiter bzw. Integrationshelfer in Förderschulen aktiv seien. Er frage, ob sich die Schulbegleitung dort nicht störend auf den Unterricht auswirke. Hier müsse an der bereits vor längerer Zeit angestellten Überlegung des Poolens gearbeitet werden. Auch das wäre ein Thema für die kommende Sitzung dieses Gremiums.

Herr Göpfert teilt mit, dass es turnusmäßig in diesem Jahr ohnehin einen Bericht zur Heimaufsicht geben werde. Zur Fragestellung der Schulbegleitung, Poolen von Leistungen und Integrationshelfern in Förderschulen bleibe man aktiv. In einer der folgenden Sitzungen werde berichtet, wie es in den Förderschulen weitergehe. Das System sei bereits umgestellt worden, man distanzieren sich, soweit möglich, von dem klassischen Einzel-Integrationshelfer. In Abstimmung mit den Förderschulen spreche man von Klassenhelfern, somit einem Integrationshelfer pro Klasse. Die Federführung sei teilweise vom Sozialhilfeträger auf den Schulträger übertragen worden. Es gebe weiterhin eine geteilte Zuständigkeit und somit würden innerhalb des Schuljahres weitere Berichte zum Fortgang der Thematik folgen.

3. Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion

Herr Nadolski-Voigt bezieht sich auf die Drucksache 145/12 (Projektantrag) und teilt mit, dass seines Wissens nach ein Projektantrag gestellt worden sei. Er fragt, ob es einen aktuellen Sachstand gäbe.

Herr Göpfert antwortet, dass die Federführung im Bereich der Stabsstelle Planung und Mobilität und somit im Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität läge. Er habe keinen aktuellen Sachstand.

4. Interfraktionelles Gespräch des Ausschusses für Soziales, Familie und Gleichstellung

Frau Chur teilt mit, dass am 01.03.2017 ein interfraktionelles Gespräch stattgefunden habe. Dort sei zu den Inhalten der Arbeit dieses Gremiums beraten worden, losgelöst von Tagesordnung und Geschäftsordnung. Teilgenommen hätten die Herren Nadolski-Voigt, Roß, Lauschner, Oldenburg, Göpfert und sie. Diese Form des Zusammentreffens werde es auch künftig geben.

5. Equal Pay Day 2017

Frau Bierkämper-Braun teilt mit, dass der Equal Pay Day am 18.03.2017 stattfinde. Die Frauen hätten bis dahin sozusagen kostenlos gearbeitet und die Männer bereits zum 01.01.2017 ihr Geld erhalten. Beim statistischen Bundesamt sei der Gender Pay Gap (Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen) auf 21 Prozent festgelegt worden; entsprechendes Informationsmaterial läge zur Mitnahme aus.

Anlagen

1. Präsentation "Aktivierung der Stillen Reserve" – Bericht Frau Leyer und Frau Becker
2. Präsentation "Eckpunkte PSG II und III" – Bericht Herr Eggert

gez. Birgit Diers
Schriftführerin

ges. Angelika Chur
Vorsitzende